

## *Nähe und Freiheit mehr wertschätzen*

In seiner letzten Sitzung vor Ostern hatte der Bundestag angesichts der Viruspandemie in einem Eilverfahren ein Rettungspaket über 157 Milliarden Euro beschlossen. Schon jetzt ist sicher, dass es nicht das einzige bleiben wird. Auch unsere Fraktion hatte diesem Antrag, der im Haushaltsausschuss bezüglich der Befugnisse der Regierung noch korrigiert wurde, zugestimmt. Besondere Herausforderungen verlangen eben besondere Antworten und es ist eine Krise, wie wir sie so noch nicht hatten. Die Aufhebung der Schuldenbremse begrüßen wir dabei ausdrücklich. So werden Mittel frei für Investitionen, die dazu beitragen, die Zukunft unseres Landes zu sichern.

Ungeachtet dessen üben wir am Vorgehen der Bundesregierung auch klare Kritik. Wir finden zum Beispiel, dass die Vermögenden ganz besonders gefordert sind. Doch in dieser Hinsicht, etwa zu einer einmaligen Reichenabgabe, ist aus dem Kanzleramt nichts zu hören. Spätestens dann, wenn die Pandemie ihren Höhepunkt überschritten hat, wird die Diskussion losgehen, wer das alles nun bezahlt. Ich sehe Linke, SPD und Grüne in der Pflicht, gemeinsam darauf zu achten, dass nicht in erster Linie die Ärmeren unserer Gesellschaft für die Zeche aufkommen.

Genauso wichtig wird es aber auch sein, dass alle Maßnahmen, die unsere Bürgerrechte so sehr einschränken, auch wieder zurückgenommen werden. In Krisenzeiten muss man immer auch genau abwägen – was ist unvermeidbar und was ist Kalkül. In Ungarn hat die Regierungspartei Fidesz mit ihrer Zweidrittelmehrheit das Parlament marginalisiert, Ministerpräsident Orbán hat nahezu diktatorische Macht und nutzt sie zum Erlass zweifelhafter Dekrete. Mir jedenfalls machen die Rufe nach immer härteren Maßnahmen Angst. Dass sie insbesondere aus der autoritären CSU kommen, überrascht nicht, es ist aber ein bemerkenswertes Signal, dass die einst in der DDR aufgewachsene Bundeskanzlerin Angela Merkel sich schwertut, Freiheitsrechte einzuschränken.

Eine neue Erfahrung ist für viele die Systemrelevanz bestimmter Berufe. Wurde uns in der Vergangenheit gern eine solche von Banken und Bankern vorgehalten, zeigt sich – systemrelevant sind Verkäuferinnen, Ärzte, Krankenschwestern, das Pflegepersonal oder eben auch die Paketausträger und Boten. Ohne sie läuft nichts.

Doch ausgerechnet diese Arbeitsplätze sind unterdurchschnittlich bezahlt. Dabei geht es auch anders.

Bundeswehrsoldaten, die etwa in Ebola-Gebieten im Einsatz sind, bekommen täglich beträchtliche Sicherheitsaufschläge! 500 Euro monatlich als steuerfreien Zuschlag wären darum mehr als angemessen.

Und nach der Krise? Ich finde, wir sollten Nähe und Freiheit künftig deutlich mehr wertschätzen und all jenen danken, die den ganzen Laden am Laufen halten.

*Stefan Liebich  
Mitglied des Bundestages*